

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar/Esther Oester, GB) vom 6. Dezember 2012: Denkmal für Demokratie und Spanienfreiwillige (2012.SR.000346)

Von 1936 bis 1939 fand im Spanien ein Bürgerkrieg statt, der durch einen Militärputsch von rechts unter der Führung von General Francisco Franco gegen die gewählte republikanische Zivilregierung ausgelöst wurde. Auch Hitler und Mussolini griffen in diesen Krieg ein mit dem Ziel, den Faschismus in Europa zu stärken. Dagegen formierte sich in der spanischen Bevölkerung breiter Widerstand.

In der Folge entstand eine grosse internationale Solidaritätsbewegung für die spanische Demokratie. Rund 35'000 Freiwillige reisten damals aus vielen Ländern der Welt nach Spanien, um gegen Franco und seine faschistischen Verbündeten zu kämpfen. Dabei waren auch rund 800 Freiwillige aus der Schweiz, die die spanische Republik gegen den Militärputsch mitverteidigten. Sie vertraten unterschiedliche Berufsgruppen und stammten aus praktisch allen Kantonen der Schweiz. Rund 50 SpanienkämpferInnen haben einen biografischen Bezug zum Kanton Bern, der zusammen mit Zürich, Genf, und Basel einen Schwerpunkt dieser antifaschistischen Bewegung bildete (siehe: Peter Huber in Zusammenarbeit mit Ralph Hug, Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Handbuch, Rotpunktverlag Zürich 2009). Die neueste Forschung zu den Schweizer Spanienfreiwilligen (www.spanienfreiwillige.ch) zeigt auf, dass diese Bewegung proletarisch geprägt und politisch pluralistisch war. Das Spektrum der Freiwilligen reichte parteipolitisch gesehen von ganz links bis in die bürgerlich-liberale Mitte hinein (ein Freiwilliger war Mitglied der FDP). Was sie alle verband, war eine mehr oder weniger ausgeprägte antifaschistische Einstellung.

Die rund 800 Freiwilligen verteidigten mit ihrem Einsatz auch die demokratischen Prinzipien und Grundrechte der Schweiz. Sie wollten unten anderem verhindern, dass der Faschismus in der Schweiz an Boden gewinnt. Rund ein Viertel der Freiwilligen hat dafür das Leben gelassen. Die meisten Rückkehrer kamen vors Militärgericht und wurden mit mehrmonatigen Freiheitsstrafen und dem Entzug ihrer politischen Rechte bestraft. Ausserdem hatten sie auf ihrem späteren Lebensweg mit vielen politischen und beruflichen Diskriminierungen zu kämpfen.

Während die meisten Länder Europas die Spanienfreiwilligen schon längst rehabilitiert haben, dauerte es in der Schweiz bis zum Jahr 2009, bis das Parlament die ungerechten Militärurteile kollektiv aufhob und damit die längst fällige, vollständige politische und rechtliche Rehabilitierung und Entkriminalisierung nach 70 Jahren gewährte. Das „Bundesgesetz über die Rehabilitierung der Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg“ hält seither fest, dass sich diese Personen für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben.

Die SpanienkämpferInnen haben eine besondere Bedeutung in der Geschichte der Solidarität und des Kampfes für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Sie haben sich als erste und früher als alle anderen gegen die faschistische Bedrohung eingesetzt. Es ist nicht mehr als gerecht, wenn ihrer auch in besonderer Weise gedacht wird. Die Stadt Bern trägt hierfür als Bundeshauptstadt eine besondere Verantwortung. Bern ist Ort der politischen Entscheide, wo die damalige Politik der Eidgenossenschaft geprägt wurde. Hier soll auch die öffentliche Anerkennung der Freiwilligen sichtbar gemacht werden. Diese Anerkennung könnte an zentraler Stelle der Stadt symbolisch dargestellt werden, etwa in Form eines Denkmals oder Kunstwerks, das die positive Seite dieses Engagements für Demokratie und Freiheit sowie die Kultur der internationalen Solidarität

hervorhebt. Während es in der West- und Südschweiz bereits mehrere den Spanienfreiwilligen gewidmete Erinnerungsorte gibt (Genf, La Chaux-de-Fonds, Monte Ceneri, Biasca), existieren in der deutschen Schweiz bisher nur zwei Gedenktafeln in Zürich (Volkshaus, Neumarkt). Auch in dieser Hinsicht drängt sich Bern als Stadt auf, die einen Beitrag an die Verankerung der Spanienfreiwilligen im kollektiven Gedächtnis zu leisten hat.

Wir beantragen, dass der Gemeinderat mit dem Bund und der IG Spanienfreiwilligen Kontakt aufnimmt, um an zentraler Stelle in der Stadt Bern ein Denkmal zu errichten, das an die Idee und die Ziele der Spanienfreiwilligen erinnert.

Bern, 06. Dezember 2012

Erstunterzeichnende: Hasim Sancar, Esther Oester

Mitunterzeichnende: Aline Trede, Monika Hächler, Christine Michel, Stéphanie Penher, Rolf Zbinden, Luzius Theiler

Bericht des Gemeinderats

1. Historischer Kontext

Im Juli 1936 begann General Francisco Franco in Spanien einen Bürgerkrieg gegen die demokratisch gewählte republikanische Regierung. Das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland unterstützten ihn mit Truppen, Geld und Waffen. Auf der Seite der Republik kämpften die so genannten internationalen Brigaden, bestehend aus Freiwilligen aus zahlreichen europäischen Staaten, darunter rund 800 Schweizerinnen und Schweizer - gemessen an der Bevölkerungszahl eines der grössten internationalen Kontingente. Es handelte sich um Kommunistinnen, Sozialisten und Idealistinnen, die ein Zeichen gegen den Faschismus setzen wollten. 1939 gewannen Francos Truppen den blutigen Bürgerkrieg. Es folgte eine lange Zeit der Diktatur in Spanien, die bis zum Tod des „Generalissimo“ im Jahr 1975 andauerte.

Der Bundesrat beschloss bereits bei Ausbruch der Feindseligkeiten, neutral zu bleiben. Er verbot die Waffenausfuhr und die Teilnahme am Krieg, anerkannte jedoch bereits am 14. Februar 1939 - also noch vor Kriegsende - das neue Regime. Hingegen lehnte er die Aufnahme republikanischer Flüchtlinge ab. Ebenso wurden zurückkehrende Spanienfreiwillige strafrechtlich verfolgt und verurteilt. Die Schweizer Spanienfreiwilligen begannen den Kampf um ihre Rehabilitierung bereits 1939. Da in der vormaligen spanischen Regierung Kommunisten sasssen und sich die Sowjetunion auf die Seite der Republik gestellt hatte, galten die Freiwilligen für die offizielle Schweiz generell als Kommunistinnen und Kommunisten, was deren Kampf gegen den Faschismus in den Hintergrund treten liess. Während des Kalten Kriegs änderte sich an diesem Geschichtsbild nicht viel und auch nach dessen Ende 1989 scheiterten parlamentarische Vorstösse in dieser Sache unter anderem unter Berufung auf das noch immer gültige Verbot des fremden Kriegsdienstes.

Erst 2009 wurde das Bundesgesetz über die Rehabilitierung der Schweizer im Spanischen Bürgerkrieg in beiden Kammern des Bundesparlaments angenommen. Sämtliche Urteile wurden aufgehoben, was allerdings nur den wenigen noch lebenden Freiwilligen zugutekam (Quelle: Sascha Zala, Krisen, Konfrontation, Konsens 1914-1949, in: Geschichte der Schweiz, hg. von Georg Kreis, Basel 2014, S. 518).

2. Ein Denkmal in Bern?

Der Gemeinderat teilt die im Postulat geäusserte Meinung, dass den Spanienfreiwilligen eine besondere Bedeutung in der Geschichte der Solidarität und des Kampfs für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zukommt. Ebenso würdigt er den Kampf der Schweizer Freiwilligen „für Freiheit

und Demokratie“, wie dies im Bundesgesetz über die Rehabilitierung der Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg von 2009 zum Ausdruck gebracht wird.

Beim militärischen Widerstand gegen die Truppen Francos handelte es sich jedoch um eine gesamteuropäische Erscheinung, die sich weder auf die Schweiz noch auf die Stadt Bern beschränkte. Die Zahl der Spanienfreiwilligen aus Bern war im Vergleich zur Bevölkerungszahl nicht grösser als anderswo. Auch kann für Stadtbernerinnen und -berner aufgrund der überlieferten Quellen während des Bürgerkriegs keine herausragende Rolle als militärische oder politische Anführer nachgewiesen werden. Von der Gewalt der faschistischen Kämpfer waren alle Freiwilligen gleichermassen betroffen, unabhängig ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft. Verbrechen gegen Personen, die sich für demokratische Werte und Menschenrechte einsetzen, blieben zudem nicht auf die Zeit der nationalsozialistischen und faschistischen Diktaturen beschränkt, sondern dauern in vielen Gebieten der Erde bis in die heutige Zeit an.

Des Weiteren weist der Gemeinderat darauf hin, dass der Bau von Denkmälern bzw. Erinnerungsorten für Einzelpersonen oder Personengruppen der Vergangenheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Allgemeinen als kaum mehr zeitgemäss wahrgenommen wird. Denkmäler sind Gedächtnisstützen, die eine Gemeinschaft errichtet, um bedeutende Ereignisse oder Persönlichkeiten ihrer Geschichte jetzigen sowie kommenden Generationen zu vergegenwärtigen. Sie entstehen immer aus einem aktuellen zeitgenössischen Anlass heraus und sind deshalb - wie die kollektive Erinnerung einer Gemeinschaft auch - in der Zeit wandelbar. Denkmäler sollten deshalb möglichst unabhängig von Konjunkturen oder momentaner Interessen einzelner sozialer und politischer Gruppierungen errichtet werden und als *„langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung und Identität“* (Etienne François und Hagen Schulz 2005) verstanden werden.

Wichtig für alle Erinnerungsorte ist, dass eine Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner eines Orts oder eines Lands sich mit der im Denkmal transportierten Botschaft verbunden fühlt. Zudem muss diese Botschaft über einen direkten Bezugspunkt zum Aufstellungsort verfügen. Nach Meinung des Gemeinderats ist jedoch keines dieser Kriterien für die Errichtung eines Denkmals für Demokratie und Spanienfreiwillige in der Stadt Bern erfüllt. Er kommt deshalb zum Schluss, dass auf die Errichtung eines entsprechenden Denkmals in Bern zu verzichten ist.

Bern, 17. Dezember 2014

Der Gemeinderat